



Auf dem Weg zu einer Wirtschaft, die dem Gemeinwohl dient

Präambel:

Artikel 151 Absatz 1 Satz 1 der Bayerischen Verfassung verpflichtet uns zu einer am Gemeinwohl orientierten Ökonomie: **„Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“**

Entwickelt hat sich in den letzten beiden Generationen auf den ersten Blick eine materielle Überflusgesellschaft. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, dass vor allem Familien mit mehreren Kindern und Menschen mit geringen Löhnen arm sind oder sich von Armut bedroht sehen müssen. Dramatische Verhältnisse zeichnen sich im Hinblick auf die drohende Altersarmut dieser Bevölkerungsgruppen ab: Geringes Arbeitseinkommen führt trotz Mindestlohn lediglich zu einer Altersrente in Höhe der Sozialhilfegrundsicherung. Auch Teile des öffentlichen Sektors (Pflege, Bildung) sind „arm“ bzw. finanziell schlecht ausgestattet.

Gleichzeitig gibt es an der Spitze der Einkommenspyramide extremen Reichtum.

Bedrohlich sind auch die ökologischen Auswirkungen der heute praktizierten Ökonomie: Die Atmosphäre wird zum Nulltarif als Abfallkippe für riesige Mengen schädlicher Abgase missbraucht. Fruchtbarer Boden verschwindet unter Asphalt und Beton. Artenvielfalt und Lebensräume verarmen. Große Mengen extrem gefährlichen radioaktiven Mülls lagern praktisch ungeschützt mitten im Land.

Es wird Zeit, anders zu wirtschaften und die Ökonomie am Gemeinwohl auszurichten. Der Verfassungsauftrag muss endlich ernst genommen werden.

Die folgenden Eckpunkte beschreiben die Notwendigkeiten, die möglichst sofort in Politik umgesetzt werden müssen.

1. Abkehr vom Wachstumsdenken – hin zur Kreislaufwirtschaft

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maßstab für den Erfolg einer Volkswirtschaft verfälscht die Bilanz: Verluste an Lebensqualität, Schädigung der Lebensgrundlagen und die Aufzehrung der Ressourcen werden nicht berücksichtigt. Umgekehrt werden qualitative Gewinne aus heute unbezahlter Arbeit (z.B. Erziehung und Pflege in Familien) nicht eingerechnet. Das Wachstum des BIP darf nicht mehr Ziel aller Wirtschaftspolitik sein, weil es falsche und fragwürdige Scheinerfolge präsentiert. In einer ehrlichen Gesamtrechnung muss die ökologische Stabilität und das soziale Gemeinwohl bewertet werden. Der Erfolg einer Volkswirtschaft muss künftig daran gemessen werden, ob sie sich mit den natürlichen Kreisläufen im Einklang befindet und ob sie sich am sozialen Gemeinwohl ausrichtet. Ein ständiges Wachstum der Mengen und Verbräuche ist weder erstrebenswert noch möglich.

2. Weg von der Besteuerung der Arbeit hin zur Ressourcenbesteuerung – eine ökosoziale Steuer- und Abgabenreform ist nötig

Etwa 2/3 der gesamten Steuer- und Abgabensumme werden in Deutschland vom Faktor Arbeit erbracht. Vor allem die Sozialsysteme werden immer noch ganz überwiegend über Aufschläge auf den Arbeitslohn finanziert. Obwohl menschliche Arbeit ein wertvolles Gut ist, wird sie durch dieses überholte Abgabensystem massiv behindert: Nicht nur Handwerker und Dienstleister, Pflege- und Betreuungseinrichtungen, sondern auch Bildung und Forschung sind als arbeitsintensive „Branchen“ von der Besteuerung der menschlichen Arbeit durch Lohn- und Einkommensteuer sowie den Sozialabgaben massiv belastet. Der Verbrauch von natürlichen Ressourcen (Energie, Rohstoffe, Flächen) wird hingegen kaum oder sehr zurückhaltend besteuert. Gewinne aus Kapitalanlagen und Vermögen werden steuerlich sogar stark privilegiert.

Eine am Gemeinwohl orientierte Gesellschaftsordnung braucht ein Steuer- und Abgabensystem, das den Faktor Arbeit entlastet und stattdessen den Ressourcenverbrauch und die Kapitalerträge besteuert.

3. Weg von der Spekulationswirtschaft hin zur Realwirtschaft

Immer wieder stürzt und stolpert unser Finanzsystem in krisenhafte Zustände. Der Finanzsektor hat sich von der Finanzierung der Realwirtschaft weitgehend verabschiedet und arbeitet sehr umfänglich nach Art von riesigen Wettbüros. Wenn die Prozesse nicht mehr beherrschbar sind und Zusammenbrüche drohen, muss die Allgemeinheit einspringen und das gesamte Finanzsystem aus den Steuern kleiner Leute „retten“.

Es gibt Möglichkeiten das Finanzsystem zu stabilisieren, die Verantwortlichkeiten klar zu stellen und so das Gemeinwohl zu stärken:

- Trennung der Banken in Kredit- und Investmentinstitute
- Geldschöpfung ausschließlich über Zentralbanken
- Verbot von „virtuellen Derivaten“
- Regulierung des Schatten-Banken-Systems
- Erhebung einer Umsatzsteuer auf alle Börsengeschäfte (Finanztransaktionssteuer)

Um die Steuerehrlichkeit der Unternehmen anzuregen, ist die Zahl der Betriebsprüfer deutlich zu erhöhen.

4. Die Umsatzsteuer muss den Bedürfnissen der Menschen angepasst werden

Während Finanztransaktionen an den Börsen ohne Umsatzsteuer abgewickelt werden, bezahlen die ärmsten Menschen Tag für Tag Mehrwertsteuer, wenn sie sich mit dem Lebensnotwendigen versorgen müssen.

Das Gemeinwohl erfordert eine Reform der Umsatzsteuer mit dem Ziel, den lebensnotwendigen Bedarf zu entlasten (0 - 19%) und Luxusgüter stärker zur Finanzierung nötiger Maßnahmen (bis zu 30%) heranzuziehen.

5. Transparenz und Rechtlichkeit im Kontaktfeld von Politik und Wirtschaft

Nicht erst die diversen Abgasmanipulationen in der Automobilindustrie haben aufgezeigt, dass es erhebliche Lücken im Bereich des Unternehmensstrafrechts gibt. Künftig müssen Verhaltensweisen von Unternehmensführungen, die das Gemeinwohl gefährden, erheblich

konsequenter im Strafrecht gewürdigt werden.

Alle Lobbytätigkeiten im Umfeld von Parlament und Regierung (Vorformulierung von Gesetzentwürfen, Besucherprotokolle, Einladungen zu honorierten Vorträgen etc.) müssen für Wählerinnen und Wähler durchschaubar gemacht werden. Spenden von juristischen Personen (Verbände, Organisationen, Kapitalgesellschaften) an Politiker und politische Parteien sind zu verbieten.

Der Wechsel von Politikern in den Lobbyismus darf erst nach langen Übergangszeiten erfolgen.

6. Fairhandel statt Freihandel

Sogenannte „Freihandelsabkommen“, die die staatliche Souveränität und die demokratische Mitbestimmung einschränken, (CETA/TTIP/TISA) dürfen nicht abgeschlossen werden.

Der „Faire Handel“ muss zum Leitgedanken aller neuen internationalen Handelsverträge werden. Nur Länder, die ökologische und soziale Mindeststandards verbindlich vertraglich anerkennen und sich verpflichten, diese Standards einzuhalten und kontinuierlich zu verbessern, sollen künftig als bevorzugte Partner im Welthandel anerkannt werden.

Die Vergaberichtlinien auf allen Ebenen sind so zu fassen, dass künftig die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards zur Voraussetzung für den Erhalt öffentlicher Aufträge wird.

7. Dezentralität und Subsidiarität als Grundprinzipien – Gesellschaft, Staat und Wirtschaft von unten her denken

Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden gilt als Grundbaustein der Demokratie. Dezentralität und Subsidiarität (Stärkung der Leistungsfähigkeit kleiner Einheiten nahe am Menschen) müssen in der Praxis von Politik, Ökonomie und Verwaltung als Grundprinzipien geachtet werden.

Nicht nur die materielle Daseinsvorsorge (Trinkwasser, Energie, Entsorgung), sondern auch Bildung und soziale Fürsorge sind in den Händen von Gemeinden und Gemeindeverbänden in Kooperation mit freien Initiativen und Wohlfahrtsverbänden gut aufgehoben. Deshalb stehen Organisationseinheiten, die nahe an den Menschen arbeiten, weit größere Anteile am Steueraufkommen zu als dies bisher der Fall ist. Dänemark und die Schweiz zeigen, dass eine fiskalische Stärkung der Gemeinden die Lebensqualität und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen verbessern.

8. „Small is beautiful“ – Eine moderne Wirtschaftsförderung setzt auf Mittelstand und Gründerinitiative

Auch die Förderung von ökonomischen Aktivitäten ist nach den Grundsätzen von Dezentralität, Regionalität und Subsidiarität zu organisieren.

Die Berücksichtigung der Regionalität bei Vergabeverfahren muss erlaubt sein. Existenzgründungen mit gemeinwohlverträglichen Unternehmensplänen sind durch besondere Kreditabsicherungsprogramme (z.B. über die KfW) zu fördern.

Kleine Unternehmen sind von Auflagen und Abgaben (z.B. IHK Beitrag etc.) zu befreien. Ein Grundpfeiler ordoliberaler Wirtschaftsordnung, die konsequente Verhinderung von Monopolen und Oligopolen, muss durch Verschärfung und entschiedene Durchsetzung der Kartellgesetzgebung gestärkt werden.

Dezentralität und Subsidiarität verlangen auch eine deutliche Stärkung der Mitwirkungsrechte aller betroffenen Menschen. Auf allen politischen Ebenen muss die direkte Demokratie organisatorisch erleichtert und qualitativ aufgewertet werden.

Im ökonomischen Bereich sind entsprechend Formen der Mitbestimmung und der Vermögensbeteiligung im Unternehmen zu fördern.

9. Alle Unternehmen sollen dazu angeregt werden, ihre Jahresergebnisse in Gemeinwohl-Bilanzen aufzuzeigen

Unternehmen, die zusätzlich zur herkömmlichen, ökonomischen Bilanz eine Gemeinwohlbilanz nach gesetzlich zu definierenden Kriterien aufstellen und dabei Mindestergebnisse erzielen, sollen steuerliche Vorteile genießen. Als „Gemeinwohl-Kriterien“ sind z.B. familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, Klimaschutzaktivitäten, Arbeitsplatzsicherheit, Mitbestimmungs- und Vermögensbildungsaktivitäten u.ä., zu verstehen.

10. Die Verschuldung der öffentlichen Hand beenden

Der Grundsatz, öffentliche Ausgaben aus den jährlichen Einnahmen zu bestreiten, muss auf allen Ebenen künftig endlich beachtet werden. Das erfordert nicht nur eine sorgfältige Abwägung der Notwendigkeiten und die Auswahl kostengünstiger Verfahren, sondern auch das Erzielen ausreichender Einnahmen.

Steuern und Abgaben sollten als „Beiträge zum Gemeinwohl“ kommuniziert werden. Nur Milliardäre können sich selbst umfassend versorgen; die große Mehrheit der Bevölkerung ist auf gemeinschaftliche Leistungen angewiesen und muss daher für eine gerechte Ausstattung der öffentlichen Einrichtungen (Bildung, Gesundheit, Sicherheit) gewonnen werden.

Begründung:

Mit dem vorliegenden Leitantrag soll die Ausrichtung der ÖDP in Bayern am Verfassungsartikel 151 der Bayerischen Verfassung bekräftigt werden: Das Gemeinwohl muss die Leitidee der Wirtschaftspolitik werden.

Die Positionierung soll auch den Kandidatinnen und Kandidaten der ÖDP als Leitlinie für öffentliche Auftritte dienen.

Mit dieser Positionierung wird auch die Nähe der ÖDP-Programmatik zum Konzept der „Gemeinwohlökonomie“ verdeutlicht.

Beschlossen auf dem Landesparteitag der ÖDP Bayern am 11.06.2016.